

Ressort: Politik

Regierung und Opposition streiten über Digitalpakt Schule

Berlin, 25.09.2018, 08:04 Uhr

GDN - Vor der ersten Bundestagsdebatte über den Digitalpakt Schule und die dafür notwendige Grundgesetzänderung am Freitag sind die Fronten zwischen Regierungskoalition und Opposition weiter verhärtet. Bund und Länder hätten großes Interesse, dass der Digitalpakt Schule ab Anfang 2019 umgesetzt werden könne, sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) dem "Handelsblatt".

Auch die Opposition, die an zahlreichen Landesregierungen beteiligt sei, trage dafür Verantwortung. "Ich erwarte, dass auch Grüne und FDP im Deutschen Bundestag sich dieser Verantwortung bewusst sind und entsprechend handeln." Der Bund will über fünf Jahre fünf Milliarden Euro bereitstellen, um die Digitalisierung der Schulen voranzutreiben. Dafür ist eine Grundgesetzänderung nötig, die wiederum eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und der Länderkammer erfordert. Die Erziehungsgewerkschaft GEW hatte noch am Montag die schlechte digitale Ausstattung der Schulen beklagt. "Wenn der Bund unsere Zustimmung zu einer Verfassungsänderung will, müsste sich Frau Karliczek endlich dazu bequemen, darüber mit der Opposition zu sprechen", sagte die bildungspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Margit Stumpp, dem "Handelsblatt". Der Ansatz der Großen Koalition greife viel zu kurz: "Wir wollen eine große Lösung, die eine dauerhafte und verlässliche Zusammenarbeit von Bund und Ländern möglich macht." Auch Nordrhein-Westfalens Schulministerin Yvonne Gebauer sprach sich im "Handelsblatt" dafür aus, "im föderalen Aufbau unseres Landes wieder neue Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen, die wir für die Gesamtfinanzierung unseres Bildungssystems nutzen wollen". Grüne und Liberale bereiten derzeit für die erste Lesung des Gesetzes im Bundestag einen gemeinsamen Antrag vor.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-112365/regierung-und-opposition-streiten-ueber-digitalpakt-schule.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com